

Rede

Kiel, 08.06.2016

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Wir brauchen Vermarktungsstrategien die auf Regionalität setzen

*Flemming Meyer zu TOP 40 + 59 Antrag zum Strukturbruch in der  
Landwirtschaft und Bericht „Verbesserung der Agrarstruktur und des  
Küstenschutzes“*

„Wir brauchen Vermarktungsstrategien die auf Regionalität setzen, die damit ein Alleinstellungsmerkmal haben. Die Veredelung der Produkte muss vor Ort geschehen.“

Längst wissen wir, dass die Situation für die Milchbauern bei uns im Land kritisch ist. Das Preisniveau für Milch ist gefährlich niedrig, so dass viele Betriebe die täglichen Verluste nicht mehr auffangen können. Notverkäufe von Jungvieh oder Maschinen werden getätigt, um Darlehen zu bedienen oder um auch nur die nächste Rechnung bezahlen zu können. Betriebe geraten in die Insolvenz und Landwirte und deren Familien werden von Existenzängsten geplagt.

Die Situation in der Milchwirtschaft gestaltet sich seit Jahren kritisch. Es hat immer Preisschwankungen gegeben, doch das Ausmaß, das wir zur Zeit erleben, ist für viele Milchbauern existenzbedrohend. Und das schlimme ist,



ein Ende ist nicht absehbar. Es gibt keine klare Prognose, wann sich die Situation verbessert. So sieht es leider aus.

Seit Aufhebung der Milchquote ist der Markt unreguliert. EU-weit produzieren die Bauern zu viel Milch – weit über dem Selbstversorgungsgrad. Diese Überproduktion wirkt sich dementsprechend negativ auf den Erzeugerpreis aus. Das sind die Regeln des Marktes. Gleichwohl, einen solchen Markt haben die Milchbauern nicht gewollt.

Die Milchkrise betrifft nicht nur Deutschland. Wir haben es mit einem EU-weitem Problem zu tun, das auch nur EU-weit gelöst werden kann. Heute stehen wir vor dem politischen Dilemma, das über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Die EU-Landwirtschaftspolitik hat den Markt reguliert. Sie hat eingegriffen und diktiert. In der Milchproduktion finden keine Kontrollmechanismen mehr statt. Mit der Aufhebung der Mengenregulierung wurde die Milchproduktion sich selbst überlassen. Auf einmal macht der freie Markt die Regeln. Das konnte nicht gut gehen.

Daher brauchen wir schnell Lösungen, wie unsere Milchbauern aus dieser Krise noch herauskommen können. Auf dem „Milchgipfel“ in Berlin wurde ein Hilfspaket geschnürt mit mehreren Maßnahmen. Dies sieht unter anderem vor: Steuerentlastungen, Bürgschaften und Freibetragsregelungen zur Schuldentilgung. Zudem hat Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt kurzfristige Finanzhilfen in Höhe von 100 Mio. Euro plus X zugesichert. Alles gut und schön. Aber was Schmidt da der Öffentlichkeit präsentiert hat ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit ist keinem Bauern nachhaltig geholfen. Dieses Hilfspaket geht völlig an der Realität und an den Beschlüssen seiner Länderkollegen vorbei. Entsprechend harsch war auch die Kritik der Ernährungsindustrie und der Milchbauern.

Es sind jetzt Lösungen gefordert, die über das hinausgehen, was bisher unternommen wird. Wir brauchen keine Instrumente, die das drohende Höfesterben künstlich hinauszögert. Wir brauchen eine Mengenreduzierung um das Preisniveau wieder zu stabilisieren. Dafür muss die Milchmenge EU-weit runter. Inwieweit dies von den Marktbeteiligten in Eigenregie leistbar ist, mag dahingestellt sein. Ich kann es mir jedoch nicht vorstellen.

Wir sehen derzeit keine andere Lösung, als eine zeitlich befristete Reduzierung der Milchproduktion. Ich rede hier nicht über die Wiedereinführung der Milchquote. Das was wir wollen ist die Einsetzung eines befristeten Kriseninstrumentes zur Mengenreduzierung. Und hier reden wir dann über ein Instrument, dass auf EU-Ebene anzuwenden ist. Alles andere wäre sinnlos. Das Problem, das ich dabei sehe, sind die Mühlen der



EU. Denn wir wissen, dass diese sich nur sehr langsam drehen. Aber diese Zeit haben viele Milchbauern nicht. Daher ist es wichtig, dass von allen Ebenen ein entsprechender Druck auf die EU ausgeübt wird.

Das bedeutet auch, dass wir den politischen Druck auf die Bundesregierung nicht aus dem Kessel nehmen dürfen. Ein erster kleiner Erfolg in diese Richtung ist bereits zu verzeichnen, denn mittlerweile hat auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt den Weg der Mengenreduzierung erkannt. Leider hat er aber immer noch nicht erkannt, dass zur Lösung des Problems der Zeitfaktor eine große Rolle spielt. Das Problem kann nicht auf die lange Bank geschoben werden. Deshalb dürfen wir hier nicht nachlassen.

Wenn es gelingt, EU-weit eine temporäre Milchmengen-Reduzierung einzuführen, ist das noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Dann fängt erst die eigentliche Aufgabe an. Diese Zeit wird uns nur kurzfristig eingeräumt. Dieses Zeitfenster muss dann genutzt werden, um für die Milchbauern nachhaltige Strukturen schaffen.

Hier sehen wir die Bauern, die Ernährungsindustrie und den Einzelhandel gemeinsam in der Pflicht Lösungen zu finden. Die Politik kann hier aber auch flankierend unterstützen. Daher müssen auch wir als Politik das Zeitfenster nutzen, um künftig solche Szenarien – wie wir sie derzeit erleben – zu verhindern. Das Motto „wachse oder weiche“ muss endlich ausgedient haben.

Wenn wir die Landwirtschaft nachhaltig sichern wollen, dann müssen wir auch über andere Strukturen reden. Soll heißen, wir müssen für unsere die Landwirte Wege finden, die eben nicht auf Quantität setzen. Hier reden wir dann auch über weiter Umschichtungen der beiden Säulen. Das erfüllen von Agrarumweltmaßnahmen – die gesellschaftlich gewollt sind – müssen stärker in den Focus gerückt werden. Wir brauchen Vermarktungsstrategien die auf Regionalität setzen, die damit ein Alleinstellungsmerkmal haben. Die Veredelung der Produkte muss vor Ort geschehen. Der Verbraucher muss sehen können, woher das Produkt kommt oder wo es hergestellt wird. Das schafft Wertschöpfung in der jeweiligen Region und spricht den Verbraucher direkt an. Dies sind Beispiele die weiter gefördert werden müssen.

Der vorliegende Bericht zum GAK macht deutlich, dass solche Maßnahmen zu den vorrangigen Förderzielen gehören. Auch wenn die dort veranschlagten Mittel nicht ausreichen zeigen sie in die richtige Richtung.

